

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 20 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46,
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 35.

Montag, den 11. Februar 1907.

14. Jahrg.

An die Partei!

Pr eigenossen!

Der Wahlkampf ist vorüber. Was der besten und tapfersten Armee schon passiert, ist auch uns passiert. Wir sind geschlagen, aber nicht besiegt. Wir haben einen großen Teil der früher innegehabten Wahlkreise verloren und ein Teil unserer besten Mandatsträger ist unterlegen. Aber trotz des gewaltigen Sturmhaufs, den die Staatsgewalten im Verein mit den gesamten bürgerlichen Parteien wider uns unternahmen, hat die Armee unserer Wähler nicht nur Stand gehalten; sie hat sich um eine Viertelmillion Männer vermehrt.

Die deutsche Sozialdemokratie wurde also nicht niedergeworfen, wie der Kaiser in der Nacht vom 5. auf den 6. Februar seinen Zuhörern auf dem Berliner Schloßplatz siegesfroh verkündete. Niedergeritten wurden nur die Mehrheiten in einer Anzahl von Wahlkreisen, die wir zum Teil eben erst mit knappen Majoritäten erobert hatten. Aber drei in die eine Viertel Million über fünfundschwanzig Jahre alte Männer marschierten trotzig und eisensfest hinter dem roten Banner. Das ist eine Armee, die nicht wie die Gladiatoren Roms das „Ave Caesar, morituri te salutant!“ rufen, sondern nicht minder stolz wie die Cäsaren selbst, ihr Ziel verfolgen: Die Befreiung der Menschheit aus den Banden der Unwissenheit, der politischen Unfreiheit und der sozialen Unterdrückung und Ausbeutung.

Die Sozialdemokratie ist und bleibt die weitaus stärkste Partei in Deutschland, und ging es im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte nach Recht und Gerechtigkeit, wir zögen nicht mit 48, sondern mit 115 Abgeordneten in den Reichstag ein. Alsdann herrschte aber bei denen, die heute jubeln, Heulen und Zähneklappern. Aber was die Hauptsache ist: Unsere Partei ist eine Partei aus einem Guß, die weiß, was sie will. Eine Phalanx, in der es keine Halben und Viertelmänner sowie charakterlosen Streber und politischen Waschlappen gibt, wie sie in den Reihen unserer Gegner massenhaft vorhanden sind. Unsere vereinigten Gegner bilden ein Gemisch von allen möglichen Parteischattierungen, mit den widersprechendsten Bestrebungen, die nur in einem einzig sind: In dem Haß gegen die Sozialdemokratie und in der Feindschaft gegen die klassenbewußten Arbeiter.

In diesen Tagen zeigt sich, daß der unverhältnismäßig starke Aufschwung, den die Partei bei den Wahlen im Jahre 1903 aufzuweisen hatte, nur einer Reihe besonders günstiger Umstände zu danken war. Insbesondere in Sachsen, in dem die Scheirring in der Kronprinzensfamilie, der Haß gewisser Kreise gegen den damals regierenden streng katholischen König, die Erhöhung der Zivilliste und der prinziplichen Spargagen, in Verbindung mit einer erheblichen Erhöhung der Einkommensteuer, um mit dem Reichskanzler zu reden, eine große Anzahl wild gewordenen Spießbürger in eine Art Berserkerstimmung versetzte, der sie durch Abgabe eines Stimmzettels für einen sozialdemokratischen Kandidaten den entsprechenden Ausdruck gaben.

Die Bornesmut dieser wild gewordenen Spießier ist mittlerweile verraucht. Der alte Klasseninstinkt kam wieder zur Geltung und führte sie zurück in den Kreis der Ordnungsparteien, den sie niemals hätten verlassen sollen.

Aber es sind noch eine Reihe anderer Momente, die erklären, daß Hunderttausende unserer damaligen Wähler als Mitläufer uns verließen und daß daher die Zahl unserer Anhänger in diesem Wahlkampf naturgemäß nicht in ähnlicher Weise wachsen konnte, wie wir sie in früheren Wahlkämpfen haben wachsen sehen.

Kein Zweifel. Die Klassengegensätze haben sich in den letzten Jahren sehr verschärft. Die Kämpfe, die die in den Gewerkschaften organisierten klassenbewußten Arbeiter mit Fug und Recht führten, um eine überaus günstige Prospektivperiode für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen auszunutzen, hat uns diejenigen Handwerksmeister weggetrieben, die in ihrer beschränkten Unternehmersauffassung die Berechtigung dieser Bestrebungen nicht begreifen konnten. Die Massenaußsperrungen der Arbeiter in den verschiedensten Berufen und Gegenden durch die Unternehmer hat auch auf Seite der Arbeiter die Stimmung verbittert und die Kluft zwischen ihnen und der Unternehmungsklasse erweitert. Ferner hat die Parteinarbeit vieler staatlicher Organe für

die Unternehmer und gegen die Arbeiter, wie sie in zahlreichen Gewaltmaßnahmen verschiedener Polizeiorgane und in Massenjustizurteilen einer größeren Anzahl Gerichte zum Ausdruck kam, die vorhandene Verbitterung noch gesteigert.

Ein anderer Grund des Abfalls als Wähler von der Sozialdemokratie ist, daß große Kreise Handeltreibender die Arbeiter-Konsumvereinsbewegung als ihren Feind ansehen, die in den letzten Jahren in zahlreichen Städten und Bezirken sich lebhaft entwickelte. Vor mehr als vier Jahrzehnten, als Lassalle auftrat und seine dem Bürgerum verhassten Lehren predigte, hat zwar das Bürgerum selber den Arbeitern geraten, durch Konsumvereine ihre soziale Lage zu verbessern, und der Repräsentant dieser Lehre, Schulze-Delitzsch war der Held und Heiland des Bürgerums. Aber das ist lange her. Der Bürger fordert zwar heute ebenfalls, daß der Staat alles mögliche zu seinem Schutz und Besten tue, aber daß der Arbeiter mindestens dasselbe Recht auf Schutz und Vorsehung seiner Existenz hat und vor allen Dingen auch das ihm gesetzlich zustehende Recht der Genossenschaftsbildung ausnützen darf, das begreift er nicht. Tut das der Arbeiter, so wird gar mancher Krämer und Händler sein Feind. Er rächt am Arbeiter, was er sich, wenn auch leuernd und murrend, von den Inhabern des Warenhauses, den Konsumvereinen der Offiziere, Beamten und Agrarier gefallen läßt. Zehntausende dieser Krämer und Händler traten deshalb im letzten Wahlkampf auf die gegnerische Seite.

Nicht bestritten kann ferner werden, daß die momentanen Vorteile, die die agrarische Zoll- und Abzehrungspolitik auch einem größeren Kreise von Kleinbauern verschaffte, diese mit vollen Segeln ins agrarische Lager trieb und in einer Reihe Wahlkreise, in denen dieses Vaurernum bisher vielfach zu uns hielt, die Zahl unserer Gegner verstärkte und zu unserer Niederlage mit beitrug.

Weiter wurde ein erheblicher Teil der Unterarten durch den auf sie ausgeübten furchtbaren Druck gezwungen, wider ihre Überzeugung zu stimmen, oder man suchte sie durch Gewährung von kleinen Zulagen und Versprechungen aller Art zu ködern. Überhaupt wurde vielfach unter kräftigster Unterstützung der Staats- und Gemeindebehörden, mit Aufwand finanzieller Mittel, wie sie die Gegner früher nie besaßen, aufs rücksichtsloseste gegen uns gearbeitet. Man darf es ruhig aussprechen, der weitaus größte Teil der gegnerischen Kandidaten waren geradezu Regierungskandidaten.

Zu diesen verschiedenen Ursachen kam eine seit Jahren systematisch betriebene Hege in der gesamten gegnerischen Lokalpresse, deren Leiter und Urheber der Reichsverb. n. zur Verleumdung der Sozialdemokratie war. Was an Verleumdung, Lüge, Verdrehung, Verdröpfung und niederträchtiger Verbeugung aufgeboden werden konnte, hat der genannte Verband geleistet. Und die gesamten bürgerlichen Parteien, ohne Ausnahme, haben es nicht unter ihrer Würde gehalten, dieses Lügen- und Verleumdungsmaterial gegen uns in ihrer Presse und ihren Wahlflugblättern in der ausgiebigsten Weise zu benutzen.

Der Wahlkampf wurde dadurch in einer Weise vergiftet wie niemals zuvor: alle Grundsätze über Anstand und Moral, mit denen sich sonst unsere Gegner uns gegenüber zu brüsten liebten, wurden mit Füßen getreten.

Daß an der Spitze des genannten Verbandes ein preußischer Generalleutnant z. D. und ein preußischer Landgerichtsrat, der in seiner bürgerlichen Stellung ohne Ansehen der Person Recht sprechen soll, stehen, soll zur Charakteristik unserer Zeit und unserer Zustände hervor gehoben werden.

Endlich mußte auch der Kolonialkonflikt, der zur Auflösung des Reichstags führte, in der ausgiebigsten Weise herhalten, um die sogenannten patriotischen Instinkte aufzupeitschen und die verschiedensten Kreise über die Bedeutung der Kolonien durch Schilderung phantastischer Möglichkeiten zu erregen und zu täuschen.

Eine annähernd ähnliche Rolle wie der Boulangereschwindel im Jahre 1887, spielte in diesem Wahlkampf der Schwindel mit dem, was die Kolonien angeblich sind und bedeuten, und der Verrat, den diejenigen begangen haben sollten, die sich erlaubten, anderer Meinung zu sein.

Und was wir bisher noch nie in einem Wahlkampf in Deutschland erlebt haben, erlebten wir jetzt. Der erste Be-

ante des Reichs, der Reichskanzler, fand es mit seiner Stellung vereinbar, agitatorisch in den Wahlkampf einzutreten, ein Beispiel, dem sein Abtatz, der Kolonialdirektor, folgte und das schließlich bei den Sitzwahlen der protestantische Oberbürgermeister von Köln und eine Anzahl katholischer Bischöfe nachahmten, indem letztere es für nötig hielten, ihre Schäflein vor der Stimmabgabe für den Gottseibeiuns Sozialdemokratie zu warnen.

Als vor zwei Jahren unsere bayerischen Genossen mit dem Zentrum gemeinsam den Wahlkampf ausfochten zur Durchführung der bayerischen Wahlreform, fanden diese Bischöfe offenbar nichts Unchristliches darin. Sie fanden es aber auch so wenig unchristlich wie die sittlichen Nationalliberalen, als im vorigen Jahre unsere bairischen Genossen mit den dortigen Nationalliberalen den Vakt für die Landtagswahlen vereinbarten.

Auch hatten diese bischöflichen Oberhirten der katholischen Kirche durchaus nichts dagegen einzuwenden, daß unsere Parteigenossen in zahlreichen Wahlkreisen bei den engeren Wahlen für Zentrumskandidaten stimmten. Das war offenbar ein Gott wohlgefälliges Werk.

Diese Vorgänge zeigen uns, was es mit der religiösen und der bürgerlichen Moral für eine Bewandnis hat, und wie jede ihre zwei gleichwertigen Seiten besitzt. Man kann so, aber auch so.

Solcher Art sind die Ursachen, von denen die eine mehr hier, die andere mehr dort, öfter mehrere oder alle zusammen wirkten, um die bürgerlichen Klassen geschlossen gegen uns ins Feuer bringen und uns Niederlagen bereiten.

Es soll aber nicht verschwiegen werden, daß wir selbst auch einen Teil der Schuld an unseren Niederlagen tragen. Zweifellos hat sich die Partei im großen und ganzen wunderbar geschlagen und ihre Unüberwindlichkeit dokumentiert. Aber wenn der Optimismus für jede kämpfende Partei eine Tugend ist, so darf er doch nicht übertrieben werden.

Parteigenossen! Ein großer Teil unter uns gab sich selbst dann noch einer fast ungläublichen Vertrauensseligkeit hin, als ein aufmerksamer Beobachter über die Tätigkeit unserer Gegner — und aufmerksame Beobachter sollten wir alle sein — erkennen mußte, daß diese nie dagewesene Vorbereitung trafen, um uns den Sieg zu entreißen. Warnungen waren vergeblich. Viele unter uns sahen erst wie die Gegner gearbeitet hatten, als der Sieg in deren Hand war. Konnte auch in einer ganzen Reihe Fälle die Niederlage nicht verhütet werden, aus Ursachen, die man sich in jedem Wahlkreis selbst wird sagen können, eine Anzahl Wahlkreise konnten bei besserer Organisation und weiterem Blick der leitenden Genossen gehalten werden. Dem für künftig vorzulegen, ist unsere vornehmste Aufgabe, durch umfassenden Ausbau unserer Organisation, intensivere Verbreitung unserer Parteipresse und Literatur und eine wirksamere Aufklärungsarbeit, über die wir mit den zuständigen Organen ins Vernehmen treten werden.

Es soll ferner auch nicht verschwiegen werden, daß die vielfachen Meinungsdivergenzen, die wir in den letzten Jahren hatten, in der Presse und in Zusammenkünften aller Art oftmals in einer Weise ausgetragen wurden, die unseren Gegnern Stoff zu Angriffen lieferte, namentlich weil dieses von denselben in der üblichen tendenziös entstellten Weise geschah.

Hier haben wir künftig, ohne Ausnahme, uns die größte Keihere aufzuerlegen. Müssen Meinungsverschiedenheiten im Interesse der Partei ausgetragen werden, so darf dieses nur in der streng sachlichen Weise geschehen. Wir dürfen keinen Augenblick vergessen, daß wir Parteigenossen sind und jeder von uns das Recht hat zu verlangen, daß seine abweichende Meinung als ehrlich gemeint und im Interesse der Partei getreu gemacht angesehen wird.

Man unterlasse auch den Kampf für Kleinliches und Nebensächliches. Der Ausgang des jetzigen Wahlkampfes zeigt uns, daß wir unsere ganzen Kräfte und Fähigkeiten im Kampfe gegen die Gegner aufzuwenden haben und wir uns nicht als Feinde behandeln dürfen, wenn theoretische oder taktische Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind.

Die Ursachen unserer Niederlagen zu erkennen, heißt sie künftig nach Möglichkeit vermeiden, heißt neuen Siegen die Bahn brechen.

Was ist aber das allgemeine Resultat des letzten Wahlkampfes?

*) Cäsar, Dich grüßen die dem Tode Geweihten!

Neben uns waren Zentrum, Polen und Welfen die Ge-
seten. Das Zentrum hat dank seiner Organisation und
seiner in großen Bezirken dicht zusammen wohnenden
hängerschaft nicht nur seine frühere Stellung behauptet,
dern es hat, zum Teil mit unserer Hilfe, die Zahl seiner
Mandate vermehrt. Mit seinen Alliierten — Polen und Wel-
fen — ist das Zentrum nach wie vor die den Reichstag
herrschende Partei, denn die angeblich vorhandene zweite
Möglichkeit für die Regierung dürfte in den meisten Fällen
liegen.

Inbezug auf das Zentrum, das er ebenfalls schwächen
wolle, hat der Reichskanzler die Schlacht verloren. Ebenso
ging auf die Polen, die wesentlich gestärkt aus dem
Kampf hervorgegangen sind. Daß die Welfen mit ihren
eigenen Kandidaten sich nicht halten konnten, war bei einer
Absterben begriffenen Partei zu erwarten.

Die Nationalliberalen haben eine kleine Vermehrung
er Mandate erhalten, aber sie haben dadurch nicht an
acht und Einfluß gewonnen; sie können auch ferner nur
Bündnis mit den Konservativen, zu denen ihr Herz ge-
ht, und mit dem Zentrum, mit dem sie trotz alledem,
s vorgeschlagen ist, sich bald aussöhnen werden, Bedeutung
angen. Diese wird meist nur im volksfeindlichen Sinne
bemerkbar machen.

Der Liberalismus hat trostlos abgeschnitten. Das war
schon seiner Wahlaktive vorauszusehen. Der Liberalismus
ist durch eigenes Verschulden seine Zukunft verloren.

Was in diesem Wahlkampf die bürgerlichen Massen an
Wahltrieb trieb, war die Angst vor einem großen Sieg
Sozialdemokratie, der nach ihrer Phantasie russisch-revo-
lutionäre Zustände über Deutschland bringen könnte. Ihre
Furcht und ihr Klassenhaß hat die Früchte gezeitigt, die in
seinem Wahlkampf reifen. Das Hottentotten- und Kaffern-
troll war zugleich ein Kartell derer „von Besitz und Bil-

lung“ mit den rückständigsten Elementen. Ueber wählten
die Liberalen der Liberalen den fanatischsten Agrarier oder
„rotesten Reaktionsär“ und Junker, als daß sie einem Sozial-
demokraten ihre Stimme gaben. Der einst so hoffnungs-
reiche deutsche Liberalismus, wie unser Parteigenosse Jaures
ihn nennt, ist vor dem roten Tuch ins Mauseloch getrocknet,
er hat die hoffnungsvoll geschwellten Segel, die ihm der
Silvesterbrief des Reichskanzlers aufgeblasen, jämmerlich
zusammenklappen lassen. Unentschlossen, mutlos und arm-
selig, wie er es während der sechziger und siebziger Jahre
des vorigen Jahrhunderts schon war, während deren er in
fast allen Parlamenten Deutschlands, den Reichstag einge-
schlossen, die Mehrheit besaß, verlobbete und verkluderte er
das Erbe, das er übernommen. Kraftlos und saftlos, so hat
er sich auch jetzt gehalten, ein Bild des Mitleids für jeden
entschieden denkenden Mann. So gehört auch der Liberalis-
mus jetzt trotz Mandats- und Stimmenzuwachs zu den Ge-
schlagenen im Reichstag, aber nicht zu den stehenden Ge-
schlagenen wie wir. Eine konservativ-liberale Mehrheit, die
der Liberalismus eventuell mit der Rechten bilden soll, be-
deutet doch nur, daß er gegebenenfalls reakti-
onärer als das Zentrum sein soll. Anders ist
sie nicht möglich. Wir beneiden ihn nicht um diese „geschicht-
liche Mission“, deren Erfüllung sein Grab bedeutet.

Das Fazit der diesmaligen Reichstagswahlen ist: Das
Agrarertum und die Reaktion haben mit Hilfe der Liberalen
auf der ganzen Linie gesiegt.

Deutschland geht schweren Zeiten ent-
gegen. Dem deutschen Volke wird eine Rechnung präsen-
tiert werden, daß ihm die Augen übergehen. Sei es. Wer
nicht hört, muß fühlen. Die Völker werden nur durch harte
Schläge vorwärts geschoben.

Unsere Aufgabe ist, uns über den schweren Ernst der
Situation nicht zu täuschen. Wir müssen festen Blickes dem

Nieder mit unseren Feinden! Hoch die Partei!

Berlin, den 9. Februar 1907.

Die „nationale Ehre“ bei Licht.

Bekanntlich hat, wie wir Sonnabend meldeten, die Staats-
waltschaft gegen den „Bayerischen Kurier“, ein
linischer Zentrumsblatt, ein Verfahren wegen „schweren
Verstöße“ eingeleitet, weil dieses Blatt einige Briefe ver-
öffentlichte, die während der Wahlzeit zwischen dem Leiter
des Flottenvereins, Generalmajor Keim, Beamten des Reichs-
justizamts, und einigen Mitgliedern des Flottenvereins
erhalten. Der Diebstahl scheint deswegen als „schwerer“
qualifiziert zu werden, weil die Blamage so „schwer“ ist, die
sich ihm ans Licht kommt. Die Briefe beweisen
klarlich unter anderem, daß der angeblich un-
politische Flottenverein die Wahlagitatio-
n Geldern trieb, die aus dem Reichskanzler-
amt stammen, und zweitens, was noch pikant ist, daß
der Flottenverein nach der Hauptwahl ein
Bündnis mit der Sozialdemokratie gegen
das Zentrum plante und erst durch die Stichwahl-
parole des Parteivorstandes von diesem heiteren Plane ab-
brach wurde.

Das Wesentliche der Briefe besagt:
Am 1. Februar 1907 fand eine Präsidialtagung des
Flottenvereins im Lokal des Vereins statt; auch Bayern
waren. Nun galt es, die vielen Schmähschriften gegen das
Zentrum, die noch im Lokale waren, zu verstecken: Man ver-
ließ eine Tür, damit die Bayern die vom Flottenverein
versendeten Flugschriften „Ein Katholik“ (Verfasser ist
protestantischer Württemberger in der Kolonial-
abteilung), „Lügen des Herrn Erzberger“,
Weiteres aus der kolonialen Lügenfabrik“
der Kolonialabteilung verfaßt) nicht sehen
würden. Die Marinesoldaten, die sonst bei der Ver-
teilung mitgeholfen haben, wurden entfernt, und so konnte
die Präsidialtagung des — unpolitischen Vereins ruhig vor-
gehen!

Die Vorstandsmitglieder erfuhren natürlich nichts von
der Tätigkeit, die ihr Geschäftsführer, General Keim, ent-
wickelt hat, der an Katholiken so rührend schön über die
Interessen der katholischen Kirche schreibt, der in Kreisen von
Katholiken aber erstere als den „Lobfeind“ unserer „evan-
gelischen Konfession“ bezeichnet! Für die Bezahlung der
Flugschriften, die dem Flottenverein durch das Versenden
inner 15 Millionen Flugschriften, darunter an
4000 Lehrer — so rühmt er sich selber — entstanden, sor-
gen andere Leute! Wer? sagt uns Fürst Salin, der
Vorsitzende des Flottenvereins, der an Generalmajor Keim
erfuhr, daß der Reichskanzler Fürst Bülow
erfür 80000 Mark zur Verfügung gestellt
hat. Aber diese Summe reichte nicht aus.

Am 15. Januar 1907 fragte die Firma Mittler u. Sohn
ein Verlagsmonopol von amtlichen Stellen hat) beim
Flottenverein an, wie sie es für die Stichwahlen mit der
Vergrößerung des Vorrats halten solle; 150 000 Stück „Die
Lüge über unsere Kolonien!“ und 500 000
Stück „Deutsches Volk!“ seien noch auf Lager. Schon
am 30. Januar 1907 erhielt die Firma folgende Antwort vom
Flottenverein:

„Ob wir überhaupt noch Sachen zur Versendung auf-
geben werden, hängt von einer Unterredung ab, die heute
mit der Wilhelmstraße (d. h. Reichskanzler-
palais) stattfindet. Will diese Stelle außer den bis
her bei Ihnen entstandenen Kosten für Druck und Ver-
sendung die sicherlich nicht gering sein werden,
so sind die Kosten für die eventuell noch zur
Versendung gelangenden Sachen über-
nehmen, so soll uns das recht sein. Wir werden
sobald wir Bescheid haben, Ihnen Nachricht zugehen

lassen. Die Wilhelmstraße hat es ja in der
Hand, was sie machen will, da ja auch die
Kaffow-Sache und die vom Generalstabe ledig-
lich im Auftrage der Wilhelmstraße gedruckt
und versandt worden ist. Wir sind nicht in der Lage,
von Vereinsmitteln einen Pfennig dafür zu
opfern.“

Am 26. Januar 1907 versandte bereits Generalmajor
Keim an die ihm ergebenden liberalen Zeitungen in
Essen, Dortmund, Leipzig, Stuttgart, Dresden usw. eine Parole für
die Stichwahlen; in dieser heißt es, daß dem „Zentrum
erst recht die Zähne gezeigt werden müssen“;
er zählt auch die Namen der Abgeordneten auf, die in erster
Linie beseitigt werden müßten, so daß sie keinen Einfluß
mehr hätten, er nennt u. a. die Abgg. Gröber und Erz-
berger, die aber an diesem Tage beide schon gewählt
waren. Doch im Reichskanzlerpalais hatte über Nacht
der Wind umgeschlagen. Man wollte dem Zentrum nicht
mehr die „Zähne zeigen.“

Dafür suchte man im Flottenverein ein Bündnis
mit der Sozialdemokratie. Die Anregung ging
aus von dem Landrichter Stern in Beuthen in Ober-
schlesien, der rednerisch und schriftstellerisch in der Wahl-
bewegung tätig war. Am 26. Januar 1907 schrieb er an
Generalmajor Keim einen Brief, in dem es heißt, daß das
„Zentrum in kläglicher Weise in Oberschlesien an die Wand
gedrückt worden sei“; das nächstemal komme es nicht mehr
in Stichwahl in Oppeln, Gleiwitz, Kattowitz, Beuthen, viel-
leicht auch Ratibor und Pleß; die Katholiken würden hier
stärker werden. Dann kommt folgender Ratschlag des großen
Flottenvereinsmannes:

„Es muß alles daran gesetzt werden, weiteres Er-
starken des Zentrums in der Stichwahl zu verhindern und
die Sozialdemokratie dahinzubringen, daß
sie bei Stichwahlen, wo Zentrum gegen andre bürgerliche
Parteien steht, stets für diese gegen das Zentrum
den Ausschlag gibt. Jetzt nach den furchtbaren
Schlägen, die sie bekommen hat, wird die Sozialdemo-
kratie wohl zu Verhandlungen bereit sein,
besonders muß ihr rechter Flügel gestärkt werden. . . .
So ist eine Umarmung dahin geboten, daß die So-
zialdemokratie und die nationalen Par-
teien einander gegen das Zentrum gegen-
seitig unterstützen.“

Herr Stern fand Gehör bei Generalmajor Keim, der am
28. Januar antwortete: „Was das Zentrum betrifft,
so habe ich schon in derselben Richtung nach
dem Maß meiner schwachen Kräfte gewirkt.“
Die Absicht scheiterte daran, daß der Vorstand unserer Partei
bereits am 27. Januar im „Vorwärts“ die sozialdemokratische
Stichwahlparole veröffentlichte, und durch diese die sozial-
demokratischen Wähler aufforderte, unter keiner Bedingung
für Konservative, Antikemiten und Nationalliberale zu
stimmen.

Ferner schreibt am 26. Januar 1907 der Generalkommissar
des Flottenvereins, Generalmajor Keim, an Landrichter
Stern in Beuthen: „Öffentlich hat die Regierung
jetzt den Mut, auch eine vernünftige Flotten-
vorlage einzubringen.“ Die nationalliberale „Wes-
fälische Hg.“ in Essen forderte am 29. Januar
1907 von Generalmajor Keim erst eine Verständigung
mit dem Zentrum für die Stichwahlen; aber
nach diesem müsse der Kampf gegen das Zentrum erst
recht beginnen. Dann heißt es:

„Am besten geschieht dies indirekt dadurch, daß die
Regierung eine große nationale Politik betreibt. Betragt
sie uns, wenn sie nach ihren Reden verpflichtet ist, in der
nächsten Zeit eine koloniale Eisenbahnvorlage, eine Flot-

tenvorlage usw., dann wird das Zentrum Farbe be-
kennen müssen.“

In einem Brief vom 15. Januar 1907 an Amtsrichter
Knaudt in Hagenwerda, wo Bassermann kandidierte, erteilt
Keim folgende Ratschläge:

Vergessen Sie nicht, Herrn Bassermann klar zu machen,
daß 1. Kolonialpolitik ohne Flottenpolitik
Unsinn ist; 2. die nationalliberale Partei sich in der
Flottenfrage sehr wenig national benommen
hat und hierbei hinter dem Zentrum hergelaufen ist, da
v. Tirpitz nicht den Mut hatte, aus Angst vor dem Zen-
trum eine vernünftige Flottenvorlage einzubringen. Das
selbe gilt auch von Herrn v. Bülow. Vergessen
Sie nicht, ihm zu sagen, daß deshalb in allen national-
liberalen Kreisen das Verhalten der Partei mit großem
Mißfallen beurteilt werde und daß es Aufgabe der nation-
alen Parteien sei, für eine vernünftige Flottenvorlage
einzutreten.

Also selbst die Nationalliberalen sind „sehr wenig
national“. Amtsrichter Knaudt antwortete am 17.
Januar 1907: „Herrn Bassermann habe ich vorige Woche
zehn Minuten gesprochen, dabei aber die Flottenvorlage
flüchtig berühren können.“ Am 18. Januar schreibt
Generalmajor Keim zurück:

„Ich traue zwar Herrn Bassermann nicht ganz,
aber die Nationalliberalen schulden uns durch unsere Un-
terstützung bei den Wahlen so unendlich viel, daß es
geradezu haarsträubend wäre, wenn sie diesmal wieder
würden.“

Generalmajor Keim fügt noch den schönen Satz bei:
„Nach meiner Ansicht ist das Zentrum ge-
fährlicher als die Sozialdemokratie.“
Recht charakteristisch ist ferner ein Brief des Haupt-
manns Salzer im Generalstabe der Schutztruppe
Südwestafrika an den Flottenverein vom 28. Januar. Der
Hauptmann beschwert sich darin, daß er in Dresden in einer
Versammlung als zweiter Redner sprechen sollte, und daß
noch in einem „Lokal der zweiten Klasse“ er
äußersten Peripherie der Stadt“. Hauptmann Bayer
besser weg und dürfe im Gewerbehause reden. Dann kommt
folgendes wertvolle Eingeständnis: „Ich habe mich dem
Flottenverein nur auf ausdrücklichen Wunsch
des Oberkommandos zur Verfügung gestellt.“
Dieser Offizier ist also zur Wahlagitatio kommandiert
worden.

So steht die „nationale Ehre“ bei Licht aus.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Adieu Studt! Der Kultusminister Dr. Studt wird
nunmehr wohl bald seinem Ministerseffel Palet sagen, nach-
dem durch die Verstärkung der polnischen Reichstagsfraktion
offen zu Tage getreten ist, daß Studt mit seinem Vorgehen
gegen die Polen so schmachvoll Fiaste gemacht hat.

Giehoff hat sich nun eines andern besonnen; er hat jetzt
das Mandat für Lemmer-Mietmann angenommen, so daß in
Mühlhausen Langensalz eine Nachwahl stattfinden
muß. Dieser Kreis ist jedenfalls eher davor geschützt, einem
Koten in die Hände zu fallen, als wie der Lemmerer Kreis.
Bei der letzten Hauptwahl erhielten im Wahlhausener Kreis
Genosse Grammatdt 6016, Giehoff (F.P.G.) 6112 und von
Jeddy (R.P.) 10541 Stimmen. Mit Hilfe der Sozialdemo-
kraten regte dann in der Stichwahl Giehoff.

Schühler. Wie jetzt bekannt wird, müssen sich in
Berlin am Stichwahlabend die beiden Bataillone der Garde-
grenadiere am Stichwahlabend am Kupfergraben alarm-
bereit halten. Von 8 Uhr abends mußten sie sich zum Auf-
rücken bereit halten, bis 11 Uhr morgens lagen die Leute mit
umgeschmalttem Seitengewehr und scharfen Patronen bereit
auf ihren Stuben. — Die blauen Bohnen waren natürlich
für die Querspatzen bestimmt. Oder nicht?

jedoch daraus zu erkennen, daß der Tote ein Zigarrenarbeiter und aus Bergedorf gebürtig sei. Er wurde in Sandesneben beerdigt.

Hofst. Aus dem Gefängnis plötzlich entlassen wurde Genosse Kühn, dem bekanntlich in dem aufsehenerregenden Majestätsbeleidigungs-Prozess der „Meckl. Volkszeitung“ als Verantwortlichen dieses Blattes im Revolutionsverfahren zwei Monate Gefängnis zubilligert waren, nachdem er vorher von der Strafkammer freigesprochen war. Einen Monat hat Genosse Kühn „abgebrummt“; Sonnabend vormittag eröffnete ihm der Staatsanwalt, daß ihm der Rest „auf großherzogliche Verweisung“ erlassen sei.

Hamburg. Der Boykott — ein erlaubtes Kampfmittel. Gegen die in Folge der neuen Brausteuer seitens der Brauereien erhöhten Bierpreise von 18 auf 18 Mark pro Hektoliter haben sich bekanntlich die organisierten Hamburger Wirte zur Wehr gesetzt und in Kundgebungen zum Boykott der an den Preissteigerungen beteiligten Ringbrauereien aufgefordert. Die Interessentenvereine dieser Brauereien haben gegen das Aktionskomitee der Wirtevereine von Hamburg und Umgebung eine Klage auf Unterlassung solcher Boykottkundgebungen anhängig gemacht. In der Begründung machen sie geltend, daß durch den gegen sie ins Werk gesetzten Boykott das Recht der Brauereien auf ungehinderten Gewerbebetrieb aufs schwerste angegriffen und ihnen ungeheurer Schaden zugefügt werde. Die Klage wurde in allen Instanzen zurückgewiesen. In der nun vorliegenden Urteilsbegründung des Hanseatischen Oberlandesgerichts wird unter anderem hervorgehoben, daß das Recht auf

Ausübung eines selbständig betriebenen Gewerbes durch die Beklagten nicht widerrechtlich — weder vorsätzlich noch fahrlässig — verletzt sei, noch daß sie den Brauereien in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise vorsätzlich Schaden zugefügt hätten. Den Wirten stehe das Recht zu, sich gegen die ihrer Meinung nach grundlose Erhöhung der Bierpreise zu wehren, ihren Zweck gemeinsam zu verfolgen und dazu die Unterstützung des Bier trinkenden Publikums durch öffentliche Bekundmachungen anzurufen. Dies widerspreche so wenig der Rechtsordnung wie den herrschenden Anschauungen. Erwägungen solcher Art träfen auch nicht nur nicht zu, wo es sich um Kämpfe zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, also um das Anwendungsgebiet der §§ 152, 153 der Gewerbeordnung handle. Anders wäre es, wenn Kampfmittel angewandt würden, die in an sich rechtswidrigen Handlungen beständen, oder wenn Maßnahmen getroffen wären, welche den Zweck und den Erfolg hätten, die gewerbliche Existenz des Gegners völlig und dauernd zu untergraben, was hier nicht in Frage komme.

Stadthallen-Theater.

Das Infarenfieber wird nunmehr wohl — wie andersorts — auch eine Zeitlang in Lübeck grassieren, nachdem die Direktion des Stadthallen-Theaters das gleichbenannte Lustspiel von Kadelburg und Slowronnel in den Spielplan aufgenommen hat. Wenn man das Stück ernstlich kritisieren wollte, würde wohl nicht allzuviel davon übrig bleiben.

ben. Das Publikum amüsiert sich jedoch an den Uniformen und lacht über den ostpreussischen Dialekt, den ein Offiziersbursche zu sprechen hat. Lassen wir den Leuten also ihr Vergnügen. Die Aufführung war im großen und ganzen recht flott; nur im letzten Akt, der zugleich der schwächste ist, hätten wir ein weniger schleppendes Tempo gewünscht. Die Stadthalle war fast ausverkauft und der Beifall lebhaft. Wenn nicht alles irrt, so hat Herr Direktor Biorowski, der das Lustspiel selbst sehr nett in Szene gesetzt hat, feht den Kassenmagneten gefunden, der ihm bisher fehlte.

P. L.

Handels- und Marktnachrichten.

Steuerschau-Viehmarkt
am 9. Februar.

Der Schweinehandel verlief mittelmäßig. Angeführt wurden 2240 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verbandschweine schwere 55—56 Mk., leichte 55 1/2—56 Mk., Sauen 50—54 Mk. und Ferkel 53—55 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Ludwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

D. G. F.

Heute abend 8 1/2 Uhr Übungsabend im Vereinshaus.

Nachruf.

Am 7. Februar starb unser Genosse **Heinrich Höppner** in Stockelsdorf im 49. Lebensjahre.

Ohre seinem Andenken.

Sozialdemokratischer Verein für Stockelsdorf und Umgebung.

Billig zu verkaufen ein starker Kinderwagen, passend für Händler
Marlesgrube 47, I. L.

1 Satz Ferkel

zu verkaufen. H. Lange, Doel.

Ein braunes Portemonnaie mit 9 Mark 80 Pfg. Inhalt von Feiners Restaurant bis zum Biergarten verloren. Der ehrl. Finder wird gebeten, dasl. g. Bel. abz. Lüchowstr. 18.

Auf Teilzahlung

Herren- und Damen-Uhren in Gold- und Silber, Ketten, Broschen, Ringe, Arm-bänder, sowie Regulateure, Freischwinger, in Wochen- oder Monatsraten.
Rosenstraße 12.

Uhrlieder einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Ernst Gentzen, Uhrmacher u. Goldarbeiter, Günzhauf 13.

Adolf Hübner, Uhrmacher u. Goldarbeiter, Günzhauf 13.

Misch-Kaffee

ausnehmend und kräftig
Pfund 60, 80, 90 u. 100 Pfg.

H. Bülck

Kaffee- und Teehandlung
Friedrichstr. 149, Breitestr. 54.

Prima Schleifen u. Reparaturen

von **Messern und Scheren**,
Einschneiden neuer Klinge, neuer Hefen usw.
Schärfen von
Kaffemühlern, Fleischhackmaschinen.

Sämtliche Ersatzteile hierzu,
Täglich zweimalige Fertigstellung.
Auf besonderen Wunsch auch
sorgfältige Erledigung.

Johs. Vittur, Lübeck,
Hofstr. 13/15
Feinstr. 1302

Messerschmiede und Schleiferei
mit Elektroaktoren-Bauz. ieb.
Eingig derartig eingerichtete Werkstatt
Lübeck.

Bezirks-Inspektor

für Lübeck und angrenzende Gebiete für erste Lebens-, Haftpflicht- und Unfall-Versicherungs-Gesellschaft gegen Fugum und höchste Provision gesucht.
Off. u. H 259 an Hasse's Annonzen-Exp., Hützstraße 113.

Geschäftsübernahme

Einem geehrten Publikum, sowie Freunden und Gönnern zur Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage das

Restaurant Huxstraße 44

unter dem Namen

Zur guten Quelle

übernommen habe.

Indem ich für gute Speisen und Getränke, sowie aufmerksame Bedienung Sorge tragen werde, ersuche ich mein Unternehmen gütigst zu unterstützen.

Hermann Spittler.

Vereinigte Butterhändler von Lübeck und Umgegend

Ulterfeinste Meiereibutter kostet Pfd. 130 Pfg.

Soweit der Vorrat reicht: **Sehr schöne Hoibutter**
zu Mk. 1.20.

Bei Abnahme von

5 Pfund Mk. 1.15.

Telephon 473.

Th. Storm, Königstraße 98.

ff. Bockbier

aus der

Bavaria-Brauerei zu Altona

gelangt vom 15. Februar ab zum Anstich.

Zu beziehen in Flaschen und Gebiaden von der Lübecker Niederlage.

Vertreter: **Georg Jürß**,

Lindenstraße 60a.

Telefon Nr. 474.

Von der Travemünder Niederlage:

Vertreter: **Oskar Neumann**,

Telefon Travemünde Nr. 3.

Arbeiter-Radsfahr-Verein Lübeck.

Achtung!

Alle diejenigen Mitglieder, die gewillt sind, sich am Saalfahren zu beteiligen, werden gebeten, am Mittwoch, den 13. Februar, abds. 8 1/2 Uhr, sich im Vereinshaus einzufinden.
Der Vorstand.

Achtung Maurer!

Der Kassierer der Zentral-Krankenkasse „Grundstein“ wohnt **Lüchowstraße 19a.**
Der Vorstand.

Verband der **Schneider und Schneiderinnen**
und verw. Berufsge nossen Deutschl.
(Zweig-Lübeck)

Mitglieder-
Versammlung
am Dienstag, den 12. Februar
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 46-52.

1. Geschäftsbericht der Zentrale.
 2. Abrechnungen.
 3. Verschiedenes.
- Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

Die Ortsverwaltung

Sterbekasse „Die Vertrauliche“
Lübeck.

General-Versammlung

am Mittwoch, den 13. Februar 1907,
abends punkt 9 Uhr
in Kempfer's Gesellschaftshaus
(Bürgerverein)
Tages-Ordnung:
Jahresbericht, Rechnungsablage, Entlastung des Vorstandes, Wahlen und Verschiedenes.

Der Vorstand

General-Versammlung

der
Sterbekasse der Maurer
a. Montag, d. 11. Febr., abds 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
Abrechnung, Wahl, Verschiedenes.
Der Vorstand.

Männer- u. Frauen-Sterbekasse
„Amicitia“.

General-Versammlung

am Sonnabend den 16. Febr.
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 46-52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom verfloffenen Jahr.
2. Wahlen
3. Jüngere Kassenangelegenheit.
Der Vorstand.

Marsch-Theater
Nur noch 4 Tage
WALDESZAUBER
und das große Programm.

Stadt-Theater.

Direktion: Ludw. Biorowski.
Dienstag, 12. Februar. 7 1/2 Uhr.
Hoffmanns Erzählungen.
Rom. phant. Op. i. 8 Akt., Nachsp. v. Offenb.
Mittwoch: Jeder Platz 50 Pfg.
Stein unter Steinen.
Donnerstag: Der Wildschütz.
Freitag: Infarenfieber.
Sonnabend: Kaufmann von Venedig.

